Presseinformation

16. Juni 2014

Strahlentherapeutische Versorgung in Niederösterreich

Sobotka: NÖ erfüllt den österreichischen Strukturplan für Gesundheit

Im Zuge eines Pressegespräches in St. Pölten wurde am heutigen Montag über die strahlentherapeutische Versorgung in Niederösterreich informiert. „Bei der Strukturreform im Gesundheitswesen steht immer das Wohl der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt, die am richtigen Ort, zur richtigen Zeit, kosteneffizient und mit höchster Qualität behandelt werden sollen", hielt Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka fest. Bei 60 Prozent der Patienten, die an Krebs erkrankt sind, werde die Strahlentherapie als erste Behandlungsmöglichkeit eingesetzt. „Daher ist es so wichtig, dass wir in diesem Bereich eine ordnungsgemäße Therapie anbieten können", so der Landeshauptmann-Stellvertreter.

„Niederösterreich erfüllt mit sechs Strahlentherapie-Geräten den Bedarf gemäß dem Österreichischen Strukturplan Gesundheit (ÖSG). Derzeit werden Krebspatienten in den Landeskliniken Krems und Wiener Neustadt behandelt. Insgesamt stehen hierfür sechs Strahlentherapie-Geräte zur Verfügung, das dritte Großgerät in Krems wird im September in Betrieb genommen", führte Sobotka aus. Mit dem Krebszentrum MedAustron, das Ende 2015 in Betrieb geht, werde die hochwertige strahlentherapeutische Versorgung der Patienten weiter ausgebaut, stellte Sobotka fest. Um eine fundierte Gesamt-Planung in der Strahlentherapie zu ermöglichen, sei aber eine österreichweit wissenschaftlich ausreichend abgesicherte Bedarfsstudie und eine österreichweit einheitliche Erhebung der Wartezeiten notwendig.

Die Bundesländer Niederösterreich, Wien und Burgenland sowie Dr. Gerald Bachinger als Sprecher der Patientenanwälte stellen deshalb in der nächsten Bundesgesundheitskommission einen Antrag für eine österreichweite Bedarfsstudie zur Strahlentherapie. Die Bundesgesundheitskommission soll die „Gesundheit Österreich GmbH" mit der Durchführung dieser Studie beauftragen. „Dabei ist es für uns ganz entscheidend, nicht mit einer Panikmache oder Hysterie die Menschen zu verunsichern", sind sich Sobotka und Bachinger einig. „Wir haben in Niederösterreich eine gute Ausgangslage. Vor allem bei der Wartezeitenerhebung muss eine differenzierte Betrachtung von Diagnostikablauf und Therapieablauf in Abhängigkeit der Tumor-Art erfolgen. So können sich längere Wartezeiten beispielsweise wegen notwendiger postoperativer Therapien ergeben", so Bachinger.

Nähere Informationen: Büro LH-Stv. Sobotka, Mag. (FH) Eberhard Blumenthal, Telefon 02742/9005-12221, e-mail eberhard.blumenthal@noel.gv.at.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion – Pressedienst
www.noe.gv.at/presse

Mag. Johannes Seiter
Tel: 0 27 42/90 05 - 12 17 4
E-Mail: presse@noel.gv.at